MAGAZIN 5-26

israelnetz

Streit und Zusammenhalt
Vier turbulente Jahre für die Knesset

Auf dass es allen wohl ergehe
Was Zedaka für Juden bedeutet



Vom Unsagbaren erzählen

Erinnerung und Hoffnung nach dem Terrormassaker

Inhalt

04 Umbettung nach Jerusalem
Herzls Großeltern
» Frühe zionistische Prägung möglich

06 Drei Jahre nach dem 7. Oktober
Leben mit der Erinnerung
» Zwei Überlebende erzählen

09 Antisemitismus in Deutschland
Berliner Hass von links
» Vorwürfe nach dem Wahlsieg

12 Justizreform und Massaker
Knesset in der Krisenzeit
» Streit und Zusammenhalt im Krieg

16 Zedaka
Mehr als Wohltätigkeit
» Ein wichtiges jüdisches Gebot

19 Israel in der Bibel
Die Wurzeln des Christentums
» Jesus lebte mit den jüdischen Traditionen

Wissenswert



Die Einwohnerzahl im israelischen Grenzgebiet zum Gazastreifen ist im Vergleich zum Vorabend des 7. Oktober 2023 um 10 Prozent gestiegen. Sie liegt nun bei rund 66.000. Damit übersteigt der Bevölkerungszuwachs den israelischen Durchschnitt um mehr als das Doppelte. Als Hauptgründe gelten die Rückkehr von rund 90 Prozent der Evakuierten nach dem Hamas-Massaker sowie der Zuzug tausender weiterer Bewohner.

Impressum

Herausgeber Christliche Medieninitiative pro e.V. | Charlotte-Bamberg-Straße 2 | D-35578 Wetzlar
Telefon +49 (64 41) 5 66 77 00 |Telefax -33 | israelnetz.com | info@israelnetz.com
Vorsitzender Dr. Hartmut Spiesecke | **Geschäftsführer** Christoph Irion (V.i.S.d.P.)
Büro Wetzlar Christian Biefel, Daniel Frick, Elisabeth Hausen (Leitung), Marina Wall **Büro Jerusalem** mh
Titelfoto Eine Besucherin mit einem Bild des am 7. Oktober 2023 getöteten Ras Misrahi an der Gedenkstätte des Nova-Musikfestivals **Quelle** picture alliance
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 1. Oktober 2026

Spenden Israelnetz lebt von Ihrer Spende. Danke für Ihre Unterstützung!
Volksbank Mittelhessen eG IBAN DE73 5139 0000 0040 9832 01 | BIC VBMHDE5F | www.israelnetz.com/spenden

Foto: levi meir clancy/unsplash

Die Wurzel im Blick



Liebe Leser,

auch drei Jahre nach dem Massaker vom 7. Oktober kommen Reisegruppen nur vereinzelt zu Besuch nach Israel. Zu groß die Angst bei Vielen vor erneuten militärischen Auseinandersetzungen. Zu dominant die Medienberichte, die Israel als Aggressor darstellen. Und zu unsicher die Frage, ob der lang ersehnte Urlaub aufgrund der Umstände vor Ort tatsächlich zur Erholung führt. Alternative Ziele gibt es schließlich genug.

Dass es bei einem Besuch in Israel aber um mehr geht, zeigen die vielen Einzelreisenden, die mehr denn je ins Land strömen. Zumindest bekomme ich diesen Eindruck, wenn unsere Leser Kontakt zu uns aufnehmen, um Fragen zur Reiselogistik zu stellen, allgemeine Bedenken zur aktuellen Regierungspolitik zu äußern und ihre Zweifel zum Sinn einer eventuellen Reise zum Ausdruck zu bringen. Wenn sie sich dann für die Reise entscheiden, äußern sie sich in der Regel dankbar. Denn sie erleben ein Stück von dem mit, was Israelis bewegt: Ein heißer Sommer, die Herbstfeste, das Gedenken an den 7. Oktober, die großen wirtschaftlichen Herausforderungen und die Parlamentswahlen.

Wer sich auf die Lebensthemen der Bewohner des jüdischen Staates einlässt, weitet seinen Blick. Eigene Probleme scheinen oft kleiner für den, der sich die nationalen Herausforderungen der Israelis vor Augen führt. Und die Besucher sind dankbar für neu entstandene Beziehungen. Viele kommen, um Anteil zu nehmen und zuzuhören. Zugehört hat auch meine Kollegin Marina Wall, die ab Seite 6 von den Erlebnissen zweier Überlebender des 7. Oktobers berichtet – und von ihrem Umgang mit dem Leben danach.

Immer wieder fallen Besuchern auch Menschen auf, die um Geld betteln. Doch neben der augenscheinlichen Armut gibt es das Konzept von „Zedaka“; für Juden das Gebot, Gutes zu tun, auch durch Spenden an Bedürftige. Plötzlich erscheint das „Betteln“ in einem anderen Licht. Unsere freie Autorin Gundula Madeleine Tegtmeyer erklärt ab Seite 16 die Hintergründe.

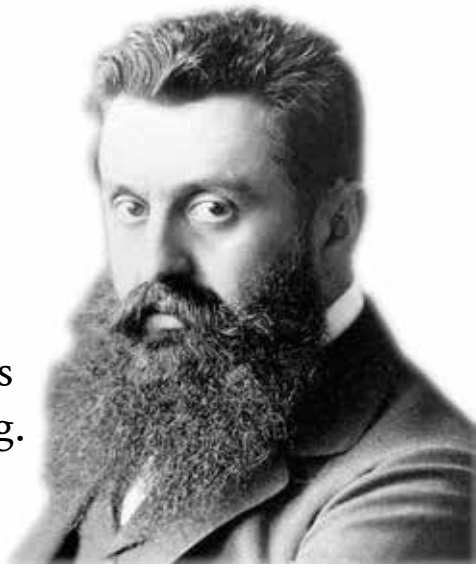
Israelis sind geschichtsbewusst. Und die Verbindung zum Land ist Juden sehr wichtig. So wichtig, dass immer wieder Menschen ihre Toten nach Israel überführen, um ihnen im Heiligen Land die letzte Ruhestätte zu geben. Im Sommer wurden die Großeltern des Visionärs Theodor Herzl nach Israel überführt. Elisabeth Hausen zeichnet ihren Weg nach (ab Seite 4).

Danke, dass Sie an Israels Seite stehen. Und sich interessieren. Denn die Arbeit unserer kleinen Redaktion soll letztlich dazu dienen, dass wir „uns unseren Wurzeln annähern“, um es mit den Worten unserer Bibelkolumnistin zu sagen (Seite 19). Ich wünsche ein offenes Herz bei der Lektüre und grüße Sie herzlich aus Jerusalem.

MH

Gefallen Ihnen unsere Beiträge?
Wir freuen uns über Ihre Unterstützung durch eine Spende. Weitere Informationen finden Sie in der Heftmitte. Vielen Dank!

Herzls Großeltern



Die Großeltern von Theodor Herzl kamen möglicherweise vor dem Wirken ihres Enkels mit zionistischem Gedankengut in Berührung. Nun ruhen sie in Jerusalem.

Elisabeth Hausen

Am 5. August wurde ein jüdisches Ehepaar aus Serbien nach Israel umgebettet: Schimon Leib und Rivka Herzl. Sie waren die Großeltern des Begründers des politischen Zionismus, Theodor Herzl (1860–1904). Den Nachnamen hatten die Vorfahren Mitte des 18. Jahrhunderts germanisiert, sie hießen vorher Loebl. Dies lässt sich vom hebräischen Wort „lev“, also Herz, ableiten.

Der Enkel indes verfügte, dass die Angehörigen an seiner Seite im jüdischen Staat beigesetzt werden sollten, wenn dieser gegründet sei. Möglicherweise entsprach er damit sogar dem Willen der Großeltern. Der israelische Staatspräsident Jizchak Herzog wies bei der Zeremonie auf dem Jerusalemer Herzlberg darauf hin, dass in ihrer Gemeinde im serbischen Semlin – heute ein Bezirk von Belgrad – ein Rabbiner gewirkt hatte, der zionistische Gedanken hegte: Rabbi Juda Alkalai (1798–1878). „Er gehörte zu den ersten, die es wagten, die Worte auszusprechen, die niemand aussprach“, sagte Herzog. Unter anderem habe er eine Vision von jüdischer Selbstbestimmung, einer jüdischen Armee und einer lebendigen hebräischen Sprache formuliert. Theodor Herzl könnte mit diesen Gedanken von Alkalai vertraut gewesen sein. Zitiert hat er ihn in seinen Schriften allerdings nicht.

Schimon Herzl (1797–1879) war Synagogendiener. Er und Rivka (1809–1888) waren tiefgläubig – und nicht einverstanden mit der Lebensweise ihres Sohnes Jacob, seines Zeichens Direktor der Hungaria-Bank. Mit seiner Ehefrau Jeanette bekam er zwei Kinder: Pauline und Theodor. Diese erzogen sie im Lichte der deutsch-jüdischen Aufklärung. Die Familie lebte in Pest, das

Rabbi Juda Alkalai

Er wurde 1789 im damals osmanischen Sarajevo geboren. Einen Teil seiner Jugend verbrachte er in Jerusalem. 1835 wurde er Rabbiner in Semlin. Die Vorstellung von politischer Unabhängigkeit für Juden und der Ansiedelung im Land Israel als Vorläufer der messianischen Erlösung formulierte er erstmals 1834 in der Broschüre „Schma Israel“ (Höre Israel). Eine Welle von Nationalbewegungen auf dem Balkan ließen ihn ein Potential auch für Juden sehen, eine eigene nationale Identität und Heimstätte zu erreichen. Hinzu kam die Blutlegende von Damaskus: 1840 verschwanden dort ein Kapuzinermönch und sein muslimischer Diener. Juden wurden eines Ritualmordes beschuldigt. Die Verleumdung verstärkte Alkalais Auffassung, jüdische Sicherheit sei nur im Land der Vorfahren gewährleistet. Auch die jüdische Mystik, die Kabbala, beeinflusste ihn. Alkalai wertete 1840 als Beginn eines „Jahres der Erlösung“ und das folgende Jahrhundert als „Tage des Messias“. Wenn sie nicht handelten, würden Juden danach ab 1940 eine Zeit der großen Bedrängnis durchmachen. Alkalai zog 1874 mit seiner Ehefrau Esther nach Jerusalem. Vier Jahre später starb er und wurde auf dem Ölberg beigesetzt.

Foto: gemeinfrei/Wikipedia

heute Teil der ungarischen Hauptstadt Budapest ist. Bei der Feier der Religionsmündigkeit (Bar Mizva) 1873 soll der junge Theodor den Abschnitt aus den Prophetenbüchern (Haftara) mit lauter Tenorstimme gelesen und auch einen Text aus eigener Feder vorgetragen haben. Die Großeltern kamen nicht, möglicherweise wegen einer Cholera-Epidemie. Sie schickten aber ein Glückwunschtelegramm: „Wir gratulieren zu deinem dreizehnten Jahresgeburtstag. Gott erhalte dich zu unseren größten Freuden."





Herzog mit anderen Politikern bei der Umbettung (o.); bei den Großeltern wurde dieselbe Israelflagge benutzt wie einst für Theodor Herzl

Pauline starb 1878 mit 19 Jahren an Typhus. Daraufhin zog die Familie nach Wien. Theodor Herzl studierte Rechtswissenschaft, konnte aber als Jude weder Beamter noch Richter werden. Nach einem Jahr wechselte er zum Journalismus. Für die Wiener Zeitung „Neue Presse" war er von 1891 bis 1895 Korrespondent in Paris. Dort erlebte er, wie General Alfred Dreyfus fälschlicherweise der Spionage für Deutschland beschuldigt wurde und dies eine Welle von Judenhass auslöste. Mobs brüllten „Tod den Juden". Herzl kam zu dem Schluss, dass eine politische Lösung für die „jüdische Frage" nötig sei. Im August 1897 stellte er beim 1. Zionistischen Kongress in Basel seine Vision vor, die er zuvor im Buch „Der Judenstaat" darlegte. Er starb 1904 mit 44 an einem Herzleiden. Ein Jahr nach Gründung des jüdischen Staates wurden seine Gebeine 1949 nach Jerusalem umgebettet. Hier ruhen nun auch die Großeltern auf dem Berg, der nach ihm benannt ist, an der Seite zweier seiner Kinder und seines Enkels. |

Die Nachkommen

Theodor Herzl heiratete 1889 Julie Naschauer, die 21-jährige Tochter eines wohlhabenden jüdischen Geschäftsmannes. Sie zeigte kaum Interesse an seinen intellektuellen Aktivitäten. Die beiden bekamen drei Kinder: Pauline, Hans und Trude. Julie Naschauer starb drei Jahre nach ihrem Mann, im November 1907, mit 39 Jahren in Wien. Sie wurde eingeäschert. Die älteste Tochter Pauline war psychisch krank und abhängig, sie starb 1930 an einer Arzneimittelüberdosis. Hans war auf Wunsch seiner Mutter nicht beschnitten worden. Zionistische Anführer zwangen ihn jedoch nach dem Tod der Eltern dazu. Er konvertierte allerdings zum Christentum und wurde Baptist. Am Tag der Beerdigung seiner Schwester erschoss er sich. Trude heiratete Richard Neumann. Sie litt unter Depressionen. 1942 wurden sie ins Konzentrationslager Theresienstadt deportiert, beide kamen im Holocaust um. Sie hatten einen Sohn, den 1918 geborenen Stephan Neumann, der die Schoa in England überlebte. Er war vom Zionismus inspiriert. Im Jahr 1946 nahm er sich in den USA das Leben, als er vom Tod seiner Eltern erfuhr. Pauline und Hans wurden 2006 von Frankreich nach Jerusalem umgebettet, der Leichnam von Trude ist verschollen. Die sterblichen Überreste von Stephan Neumann folgten 2007.

Fotos: Flash90



Leben mit der Erinnerung

Licht ins Dunkel bringen: Im vergangenen Jahr zündeten Israelis Chanukka-Kerzen auf dem Nova-Festivalgelände an – im Gedenken an die Opfer

Vor einem Jahr kamen die letzten überlebenden Hamas-Geiseln nach Hause. Viele Israelis verbanden mit ihrer Rückkehr die Hoffnung, dass nun Heilung einsetzen könne. Israelnetz hat mit zwei Überlebenden des Hamas-Massakers gesprochen.

Marina Wall

Nir Os hat in den vergangenen drei Jahren traurige Berühmtheit erlangt. Hier lebte die Bibas-Familie, deren zwei kleine Söhne zum Symbol für den Hamas-Terror wurden. Hier ermordeten palästinensische Terroristen auch die Familie Siman-Tov, bestehend aus Vater, Mutter und drei kleinen Kindern.

„Es war wie ein Horrorfilm“, sagt Rita, als sie mit einer Gruppe deutscher Besucher durch Nir Os läuft. „Aber nun ernten wir unsere Erdnüsse schon zum dritten Mal.“ Rita Lifschitz ist 62 Jahre alt und lebt seit Kurzem wieder in dem Kibbuz, der vor dem 7. Oktober rund 420 Einwohner zählte. Wenn sie morgens im Garten ihres neuen Hauses sitzt und Kaffee trinkt, blickt sie auf die völlig zerstörten Häuser ihrer früheren Nachbarn, die nicht so viel Glück hatten wie sie: Nur zehn Stunden, bevor der Angriff der Hamas begann, brach Rita zusammen mit ihrer Enkelin nach Tel Aviv auf. So entkam sie dem bis dato größten Massaker auf israelischem Boden.

Wiederaufbaupläne

In Nir Os kollidiert die Erinnerung an den „Schwarzen Schabbat“ mit den Wiederaufbauplänen der Gemeinde. Noch ist der Ort vor allem eine Ruine; die ausgebrannten Häuser zeugen von dem grausamen Überfall von vor drei Jahren. Sie werden nach und nach weichen müssen, um Platz für Neues zu schaffen. Die ersten Abriss- und Aufbauarbeiten finden bereits statt.

Foto: Flash90



Bracha Levinson war eines der ersten Opfer in Nir Os. Ihren Todeskampf stellten die Terroristen online, auf Levinsons Facebook-Seite.

Bis zum Winter 2027 soll ein Großteil der Bewohner wieder in den Kibbuz zurückkehren, so lautet der Plan des Direktorats für den Wiederaufbau (Tekuma). Doch wie viele der zum Teil schwer traumatisierten Überlebenden diesen Schritt wagen werden, ist schwer abzusehen. Aktuell leben in Nir Os rund 40 Menschen, die meisten von ihnen sind externe Freiwillige, die für den Wiederaufbau in den Kibbuz gezogen sind. Sie bestellen die Felder, auf denen neben Erdnüssen auch Kartoffeln, Weizen und Spargel angebaut werden. Etwas mehr als 100 Millionen Euro hat der israelische Staat für den Wiederaufbau von Nir Os zugesagt. Hinzu kommen Spenden und Hilfen von privaten Akteuren.

Opfern Gesicht und Namen geben

Für Rita Lifschitz war immer klar, dass sie in „ihren" Kibbuz zurückkehren wird, der seit den 1980er Jahren ihre Heimat ist. Damals zog sie im Rahmen eines Freiwilligenprogramms aus Schweden nach Israel und entschied sich, zu bleiben. Seit dem 7. Oktober hat sie eine Mission: Sie möchte aufklären und darüber reden, was passiert ist, den Opfern des Massakers ein Gesicht und einen Namen geben. Denn die Toten von Nir Os, sie waren ihre Nachbarn und ihre Freunde. Das waren Menschen, mit denen Rita ihr halbes Leben verbracht hatte. Deshalb habe sie schon kurz nach dem Terrorangriff der Hamas damit begonnen, internationale Besuchergruppen durch die Ruinen des Kibbuz zu führen, erklärt sie gegenüber Israelnetz. Denn hinter jedem Haus stecke eine Geschichte. Etwa die von Bracha Levinson, eines der ersten Opfer in Nir Os. Die Terroristen selbst dokumentierten ihre Ermordung: Sie filmten die 75-Jährige beim Sterben – und veröffentlichten das Video auf Levinsons eigener Facebook-Seite. Auch in Ritas Familie gab es Opfer: Ihre Schwiegereltern Jocheved und Oded Lifschitz, zeitlebens Friedensaktivisten, wurden am 7. Oktober von der Hamas in den Gazastreifen verschleppt. Überlebt hat das nur die mittlerweile 88-jährige Jocheved. Monatelang war unklar, ob Oded noch lebt. In dieser Zeit, erzählt Rita



Die Kartoffeln für die Chips stammen aus Nir Os. Deshalb nimmt Rita Lifschitz gerne eine Tüte mit, wenn sie Besucher durch den Kibbuz führt.

Lifschitz, sei sie einmal die Woche nach Nir Os gefahren, habe sich vor dem Haus ihrer Schwiegereltern hingesetzt und zwei Bier getrunken: eine Flasche für sich selbst und eine für Oded. Von ihm sagt sie: „Er

Fotos: Israelnetz/Marina Wall

war ein wahrer Freund der Palästinenser." Zusammen mit anderen Bewohnern setzte sich der 83-Jährige dafür ein, dass Kinder aus Gaza in Israel medizinische Hilfe erhielten. „Wir waren ein Kibbuz, der sich für den Frieden einsetzte", erklärt sie und fügt dann noch hinzu: „Wir kämpfen immer noch für den Frieden."

„Wir kämpfen immer noch für den Frieden."

Doch dabei dürfe die Erinnerung an die Opfer nicht untergehen. Das wachzuhalten, ist Rita Lifschitz ein zentrales Anliegen, das sie auch in die sozialen Netzwerke trägt. Doch noch etwas anderes ist ihr wichtig: Sie will Besucher über die Rolle der UNRWA im Gazastreifen aufklären. Die Europäer müssten erfahren, dass zahlreiche Mitarbeiter des UN-Hilfswerks für Palästina-Flüchtlinge mit der Terror-Organisation Hamas verbunden seien, betont sie. Das Geld, das an die UNRWA gehe, unterstütze Terror. Deshalb führt sie auch regelmäßig Politiker durch Nir Os.

Nir Os

Der Kibbuz Nir Os liegt in unmittelbarer Nähe zum Gazastreifen und wurde am 7. Oktober 2023 schwer getroffen. Mehr als 500 Hamas-Terroristen und palästinensische Plünderer stürmten in den frühen Morgenstunden den kleinen Ort. Sie töteten oder entführten mehr als jeden vierten Bewohner und hinterließen eine Spur der Verwüstung. Nur sechs der 229 Häuser blieben unversehrt.

Hoffnung auf eine Zukunft

Auch Masal Tasaso möchte reden. Die junge Frau überlebte den Angriff auf das Nova-Festival nur knapp und bezeichnet ihre Rettung als Wunder. Nun führt die 36-Jährige Besuchergruppen über das einstige Party-Gelände. Es falle ihr manchmal schwer, die richtigen Worte zu finden für das, was sie erlebt habe, sagt sie und hält kurz inne, um dann ihre Geschichte zu erzählen: Wie sie und ihre Freunde zu fliehen versuchten und entsetzt feststellten, dass dies vergebens war, weil die Terroristen das Gelände umzingelt hatten; wie sie sich totstellte und dadurch tatsächlich überlebte; wie sie zwischenzeitlich das Bewusstsein verlor und schließlich vor dem Feuer wegrannte, mit dem einen Gedanken im Kopf: „Besser, sie erschießen mich, als dass ich verbrenne." Das Inferno beschreibt sie als „Film, den ich aber noch nie zuvor gesehen habe". Fällt es ihr schwer, darüber zu sprechen? Nein, sagt Tasaso, sie müsse sogar reden, um mit dem Erlebten klarzukommen. Sie würde auch mit pro-palästinensischen Gruppen sprechen, wenn die kämen. Früher habe sie daran geglaubt, dass Israelis und Palästinenser irgendwann einmal in Frieden miteinander leben werden. Doch dann sah sie, wie Shani Louks lebloser Körper durch den Gazastreifen paradiert und von Jugendlichen bespuckt wurde. Dieser Hass, der macht sie ratlos. Und doch: Für die Zukunft hat sie Hoffnung. Ihr Sohn, der gebe ihr Hoffnung, sagt sie zum Abschluss des Gesprächs und lächelt. |



Sprechen, um zu überleben: Masal Tasaso auf dem Nova-Festivalgelände

Foto: Israelnetz/Marina Wall

Berliner Hass von links



Reaktionen auf den Wahlsieg der Partei Die Linke im Berliner Abgeordnetenhaus sind geprägt von Antisemitismusvorwürfen. Die Bundesvorstände haben sich davon distanziert. Doch es gibt berechtigte Zweifel.

Christian Biefel

Linke Spitzenpolitiker feiern gemeinsam den Landtagswahlsieg in Berlin. Mit dabei: Ferat Kocak

Foto: picture alliance

Den jüdischen Berlinerinnen und Berlinern, die sich gerade Sorgen machen, sagen wir: Wir nehmen eure Sorgen ernst, wir stehen gegen jeden Antisemitismus, wir schützen jüdisches Leben in dieser Stadt, daran könnt ihr uns jeden Tag messen." Ines Schwerdtner, die Bundesvorsitzende der Partei Die Linke, schaut frontal mit eindringlichem Blick den Zuschauern entgegen. Jeder Satz passt und auch die Mimik und Gestik unterstützen ihre Worte. Schwerdtners Aussagen in dem Video mit dem Titel „Der wahre Grund für die Angriffe auf die Linke" wirken wie eine Kampfansage gegen den Judenhass.

Fünf Tage zuvor hatte die Linkspartei bei den Berliner Landtagswahlen am 20. September mit mehr als 25 Prozent einen historischen Sieg eingefahren. Doch im Wahlkampf sorgte sie immer wieder mit judenfeindlichen Aktionen für Schlagzeilen. Nicht zuletzt rief bei einer Wahlkampfveranstaltung in Berlin-Neukölln der Rapper Dahabflex auf der Bühne „Yalla, yalla, Intifada" und wünschte israelischen Soldaten den Tod mit den Worten „Death to IDF".

Selbst bei der Party am Wahlabend sorgte der gleiche Bezirksverband für einen medialen Aufschrei. Unter anderem feierte auch Ibrahim Ibrahim den Wahlsieg der Linken in Neukölln mit. Er gilt als ein Unterstützer der „Volksfront zur Befreiung Palästinas" (PFLP). Die PFLP ist in der EU und den USA als Terror-Organisation eingestuft und arbeitete nicht zuletzt mit der Hamas zusammen. Ibrahim ist bei den Linken kein unbeschriebenes Blatt. So hielt er schon einmal eine Rede bei einer Wahlkampfveranstaltung und pflegte zu dem Kontakt zum linken Bundestagsabgeordneten Ferat Kocak. Unter anderem zeigten sie sich gemeinsam auf Demonstrationen. Von beiden innerparteilichen Vorfällen distanzierte sich die Parteiführung. Auch das eingangs beschriebene Video wirkt wie eine Distanzierung. Eine Erklärung zu den Vorwürfen bleibt allerdings aus.

„Nicht glaubwürdig"

Doch sind Schwerdtners Worte ein ehrliches Bekenntnis zu Juden oder ein bloßes Lippenbekenntnis? Einer,

der die Bekämpfung des Antisemitismus in der Partei schon vor dem Video nicht als glaubwürdig empfand, ist der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster. In einer Pressemitteilung nach der Wahl schrieb er: „In der Bekämpfung des Judenhasses, den diese Partei in ihren Reihen duldet und frei gewähren lässt, besitzt die Linke keinerlei Glaubwürdigkeit mehr." Ein hartes Urteil, doch es scheint nicht unbegründet. Auch beim niedersächsischen Landesverband der Linken kam es zu antisemitischen Vorfällen. Die Parteispitze distanzierte sich zwar davon, verzichtet aber auf nachhaltige Konsequenzen. Anfang des Jahres veröffentlichte dort der Landesverband im Rahmen des Landesparteitags einen Beschluss zum Umgang mit Israel. Darin lehnte er den „real existierenden Zionismus" ab. Gemäß Definition der Bundeszentrale für politische Bildung ist Zionismus eine politisch-religiöse Bewegung mit dem Ziel, einen jüdischen Nationalstaat in „Palästina" zu errichten. Eine Bewegung, die mit der Gründung des Staates Israels ihr Ziel erreichte. Außerdem warf der Landesverband Israel vor, einen Genozid zu verüben und ein Apartheid-Staat zu sein; er setzte den jüdischen Staat mit der Hamas gleich. Israel gab er dabei eine Hauptschuld an den Entwicklungen: „Klar ist: Besatzung, Entrechtung und Perspektivlosigkeit führen zu Terror." – Attribute, die der Verband in dem Beschluss Israel zuschrieb.

Täter-Opfer-Klischee vorgeworfen

Bereits im Jahr 2011 schrieben der Sozialwissenschaftler Samuel Salzborn und der Historiker Voigt von antisemitischen Entwicklungen in der Linkspartei. In ihrem Aufsatz „Antisemitismus als Koalitionspartner?" arbeiteten sie auch die Hintergründe antisemitischer Denkmuster heraus. In der Partei zeige sich vor allem ein antizionistischer Antisemitismus. Diese Form des Judenhasses äußert sich gemäß der von der EU akzeptierten IHRA-Antisemitismusdefinition darin, Juden das nationale Selbstbestimmungsrecht abzusprechen. Die Existenz des jüdischen Staates wird dadurch als illegitim angesehen. Ein weiterer Antisemitismus-Katalysator, ergänzen die Wissenschaftler, sei ein Gut-Böse-Denken: Indem der Starke per se als Unterdrücker und der Schwache als Unterdrückter dargestellt würden, entstehe eine Opfer-Täter-Stigmatisierung. Israel ist demnach der Starke, somit der Unterdrücker und gleichzeitig Täter. Die Palästinenser seien hingegen die Schwachen, die Unterdrückten, und dadurch die Opfer. Eine solche Denkweise werde dem tatsächlichen Konflikt jedoch nicht gerecht.

Gehen oder bleiben?

Elio Adler, Gründer und Vorsitzender des Vereins „WerteInitiative – jüdisch-deutsche Positionen", sieht das ähnlich. Im Gespräch mit Israelnetz berichtet Adler von weitreichenden jüdischen Sorgen aus seinem Umfeld: „Es gibt keine Veranstaltungen, bei denen das Thema ‚aus Deutschland gehen oder bleiben und wenn gehen, wohin' nicht das Thema Nummer eins ist. Kein Geburtstag, keine Bar-Mizva, wo am Tisch nicht darüber gesprochen wird." Das sei allerdings nicht erst



Kocat lässt sich auf der Die-Linke-Wahlparty in Köln gemeinsam mit Ibrahim Ibrahim (r.) ablichten. Er gilt als offener Hamas-Unterstützer.

seit der Wahl in Berlin so, sondern schon seit dem 7. Oktober 2023, als Terroristen der Hamas einen großangelegten Angriff auf Israel verübten. Trotzdem gibt es auch jüdische Stimmen, die kein Problem mit der Berliner Linkspartei haben. Nach der Landtagswahl und den einhergehenden Vorwürfen verfassten 150 Berliner Juden – wobei manche davon schon seit Jahren nicht mehr in der Hauptstadt leben – einen offenen Brief, in dem sie ihre Solidarität mit den Linken zum

Foto: Ibrahim Ibrahim, TikTok; Screenshot Israelnetz

Antisemitismusdefinitionen

IHRA - Die Internationale Allianz zum Holocaustgedenken (IHRA) verabschiedete 2016 eine Arbeitsdefinition von Antisemitismus. Demnach kann sinngemäß jede Form von Antisemitismus anhand von drei „D"s erkannt werden: Dämonisierung Israels, Delegitimierung des Existenzrechts Israels und Doppelstandards gegenüber Israel. Sowohl die EU als auch der deutsche Bundestag akzeptierten die IHRA-Definition.
JDA - Die Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus (JDA) wurde 2021 von mehr als 200 internationalen Wissenschaftlern entwickelt. Sie entstand als Reaktion auf die IHRA-Definition. Auslöser: Die Verfasser fanden den Umgang mit Israel- und Zionismuskritik teilweise zu unklar. Die JDA unterscheidet deshalb stärker als die IHRA zwischen Antisemitismus und Kritik an Israel oder dem Zionismus.

Ausdruck brachten. Die Kritik an der Partei nannten sie eine „zynische Instrumentalisierung". Zu den Unterzeichnern gehören die Publizistin Deborah Feldman und die Schriftstellerin Eva Menasse. Der Brief sei „völliger Unfug", empörte sich Adler im Gespräch mit Israelnetz. Die Stimmen gehörten zum jüdischen Pluralismus in Berlin, seien aber Einzelmeinungen und nicht repräsentativ. Außerdem seien unter den Unterzeichnern auch Personen mit Nähe zur BDS-Bewegung (Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen). Diese wurde unter anderem von Hamas-Mitgliedern mitinitiiert und hat eine politische, kulturelle und ökonomische Ausgrenzung Israels zum Ziel. Die WerteInitiative hat bereits Anfang des Jahres die Zusammenarbeit mit der Partei Die Linke abgebrochen. Zuvor hatte die Partei die Antisemitismus-Definition der IHRA abgelehnt und stattdessen die der JDA akzeptiert.

Kritik aus den eigenen Reihen

Doch obwohl sich einzelne Juden über die Antisemitismusvorwürfe empören, benennen selbst Parteimitglieder das Problem. Die linke Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Schalom des Berliner Landesverbandes findet in einer Stellungnahme nach der Wahl klare Worte: Das antisemitische und antizionistische Verhalten „ist zynisch und gefährlich". Die Landesverbände sollten demnach die „antizionistischen Sektierer*innen" (sic) nicht gewähren lassen. In einer anderen Stellungnahme mit dem Titel „Täglich grüßt die Intifada" gibt die LAG auch dem eigenen Landesvorstand eine Mitverantwortung. Demnach habe man sich zwar immer wieder von antisemitischen Eklats distanziert, Konsequenzen seien allerdings keine gefolgt. In der Stellungnahme sprechen sie von einem „Ritual" der Verantwortlichen: antisemitischer Vorfall, distanzieren, Konsequenzen fordern, Konsequenzen bleiben aus, antisemitischer Vorfall … Eine Interviewanfrage lehnte die Arbeitsgemeinschaft ab.

Bodo Ramelow (Die Linke), Vizepräsident des Deutschen Bundestags, äußerte sich in einer Bürgerdiskussion in Wetzlar Ende September ebenfalls kritisch. „Wir" – damit meinte er Die Linke – „haben ein antisemitisches Problem, da kann ich nicht drumrum lügen." Die gesamte Linke dürfe man deswegen aber auch nicht verunglimpfen, sagte Ramelow. Dennoch könnte israelfeindliche Politik künftig auch von politischen Entscheidern in Berlin kommen. Der Neuköllner Bürgermeisterkandidat mit palästinensischer Abstammung, Ahmed Abed (Die Linke), beschimpfte den Bürgermeister der israelischen Stadt Bat Jam, Zvika Brot, im Oktober 2025 öffentlich als „Völkermörder". Der Nachkomme von Holocaust-Überlebenden war damals zu Gast im Rathaus Neukölln, das Partnerstadt von Bat Jam ist. Abed wurde daraufhin des Hauses verwiesen. Die Linke hat neben einer Ministerpräsidentin erstmalig auch in Neukölln sowie in vier weiteren Berliner Bezirken die Möglichkeit, einen Bürgermeister zu stellen. Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses am 1. Oktober ist noch unklar, ob auf Schwerdtners Distanzierung diesmal Konsequenzen folgen werden. Klar ist jedoch: Die Linke muss jeden Tag aufs Neue daran gemessen werden. |

Aktuelle Entwicklungen zum Antisemitismus bei Die Linke finden Sie hier:

israelnetz.com/politik

Die Knesset in der Krisenzeit



„Tempel der Demokratie“: Die Knesset stand in den vergangenen Krisenjahren vor besonderen Herausforderungen

Das israelische Parlament war angesichts politischer und geopolitischer Herausforderungen zuletzt besonders gefragt.

Daniel Frick

Israel hat im Verlauf seines staatlichen Daseins bereits ungeahnte Krisen bewältigt. Die vergangenen knapp vier Jahre gehören dabei zu den bemerkenswertesten Epochen: Zunächst hielt der Streit um die Justizreform das Land in Atem, dann das Terrormassaker vom 7. Oktober 2023 und dessen Folgen.

Trotz oder wegen dieser Krisenverschärfung hielt die Knesset den vorgesehenen Zeitraum von vier Jahren durch – das vorige Mal war das von 1984 bis 1988 der Fall gewesen. Als sich die aktuelle Knesset Mitte Juli regulär auflöste, sprach ihr Vorsitzender Amir Ochana (Likud) von der „herausforderndsten Knesset in der Geschichte der Knesset“.

Dass diese 25. Knesset so lange hielt, hängt nicht nur an dem Willen, den Fokus auf dem Krieg und den Geiseln zu belassen. Erwägungen wie die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum Terrormassaker spielten auch eine Rolle. Erst im Juli brachten die Regierungsparteien einen Vorschlag dafür ein. Die Opposition lehnte ihn als „zu politisch“ ab und boykottierte das Votum der ersten Lesung. Sie kündigte für den Fall eines Wahlsieges einen eigenen Vorschlag für eine „staatliche“ Kommission an.

Konfliktträchtige Reform

Zu Abstimmungsboykotten griff die Opposition bereits, als es um die Justizreform ging. Die Regierungsparteien, die über 64 der 120 Knessetsitze verfügten, wollten in einer Blitzgesetzgebung das Anfang Januar 2023, also direkt nach Amtsantritt, angekündigte Projekt durchpeitschen – die wichtigen Pakete sollten bis zum Frühjahr verabschiedet sein.

Gegen den Plan stellte sich nicht nur die Opposition, sondern Teile der Gesellschaft. Wochenlang kam es zu Massenprotesten in Tel Aviv und anderen Städten. Reservisten der Luftwaffe weigerten sich, an den regelmäßigen Übungen teilzunehmen. Vor diesem Hintergrund konstatierte der Herausgeber der Nachrichtenseite „Times of Israel“ am 7. April 2023: „Unsere Feinde riechen Schwäche.“ Angesichts des Terrormas-

Foto: Flash90

sakers genau ein halbes Jahr später wirkt dieser Satz besonders schicksalshaft.

Die Proteste bremsten die Reform aus, das Terrormassaker brachte sie zu einem vorläufigen Stopp. Die Verfassungsrichterin Anat Baron stellte in einem Urteil zu einem Paket der Justizreform vom 1. Januar 2024 das Terrormassaker und die Reform sogar auf eine Stufe: „75 Jahre nach der historischen Erklärung der israelischen Unabhängigkeit ist der Staat mit zwei existenziellen Bedrohungen konfrontiert – eine äußere und eine innere."

Diese Gleichsetzung ist angesichts der von der Hamas verübten Gräuel sicherlich fragwürdig. Sie zeugt aber von der Dramatik jener Tage. In besagtem Urteil lehnte der Hohe Gerichtshof das von der Knesset im Juli 2023 beschlossene Verbot ab, dass Richter Regierungsentscheidungen oder Ernennungen von Ministern deshalb kassieren können, weil sie dem Grundsatz der „Angemessenheit" nicht entsprachen.

Erstmals in der Geschichte kassierte der Gerichtshof damit einen Teil der Grundgesetze: Es handelte sich um einen Zusatz zum Grundgesetz über die Justiz. Die Verfassungsgewalten Gesetzgebung und Rechtsprechung standen also auf eine Weise im Konflikt wie nie zuvor – und das wenige Monate nach dem Terrormassaker.

Zu allem Überdruss feierte die Knesset just in diesen Tagen, Ende Januar 2024, ihr 75. Bestehen. Die Gesichter von Knessetsprecher Ochana und Staatspräsident Jitzchak Herzog ließen gequälte Züge erkennen. Herzog bezeichnete die Knesset als „unseren Tempel der Demokratie" und einen „Tempel israelischer Debatte und Diskussion". Er ermahnte die Abgeordneten: „Die Forderung des Volkes, der Familien, der Gefallenen – sie muss hierhin durchdringen. (…) Es ist unsere Pflicht gegenüber diesen Menschen, gegenüber dieser Generation: würdig zu sein."

Nach dem Urteil des Hohen Gerichtshofes blieben weitere Konfrontationen wegen der Folgen des Terrormassakers zunächst aus. Justizminister Jariv Levin (Likud) erklärte zwar, hier sei noch nicht das letzte Wort gesprochen. Doch die Regierung werde „mit Zurückhaltung und Verantwortung" vorgehen, solange die Militärkampagne im Gazastreifen anhalte.

Tatsächlich planen die Reformer weiterhin, ein Gesetz zu verabschieden, das die Grundgesetze einer richterlichen Überprüfung entzieht. Auch andere Pakete der Justizreform stecken noch im Verabschiedungsverfahren: Dabei geht es unter anderem um Regelungen, inwiefern der Gerichtshof normale Gesetze überprüfen kann und unter welchen Bedingungen es ihm erlaubt ist, eine Ministerernennung zu beanstanden. Bei einem entsprechenden Votum ist es möglich, dass die neue Knesset alte Gesetzesvorschläge aufgreift, ohne den Prozess von vorne zu starten.

Von der Justizreform sind damit bislang drei von insgesamt zehn Paketen ohne Beanstandung durchgekommen: Ende März 2025 reformierte die Knesset das Ernennungsverfahren für Richter. Künftig kommt hier dem Parlament mehr Gewicht zu, während die Anwaltsvereinigung kein Mitspracherecht mehr hat.

Die Abgeordneten schränkten zudem die Rolle des Generalstaatsanwalts ein, der in Israel zugleich auch der „Rechtsberater der Regierung" ist – so sein offizieller Titel. Dessen Rechtsgutachten zu Regierungsbeschlüssen sind künftig nicht mehr bindend. Außerdem regelte die Knesset bereits im März 2023 die Kriterien für die Absetzung des Regierungschefs neu. Dieser Aspekt gehört zwar nicht explizit zur Justizreform, betrifft aber doch das Verhältnis der Staatsgewalten.



Gequälte Gesichter: Staatspräsident Herzog (l.) und Parlamentspräsident Ochana begehen den 75. Jahrestag der Knesset, doch nach Feiern ist ihnen nicht zumute. Das Terrormassaker und seine Folgen sowie der Streit um die Justizreform setzen der Nation zu.

Foto: Knesset

Reaktionen auf den Schrecken

Nach dem Terrormassaker kam die Knesset nicht umhin, sich mit den Folgen dieses grausamen Tages zu befassen. Eine Konsequenz zogen die Abgeordneten

Ende Februar 2024: Mit einer großen Mehrheit von 99 zu 9 Stimmen verabschiedeten die Abgeordneten eine Resolution, in der sie sich gegen die einseitige Anerkennung eines Palästinenserstaates wenden: „So eine Anerkennung nach dem Massaker vom 7. Oktober würde eine massive und nie dagewesene Belohnung für Terrorismus bedeuten und jegliche zukünftige Friedenslösung verhindern."

In einer Resolution vom Juli 2024 äußerte sich die Knesset noch schärfer und sprach sich ganz gegen die Gründung eines Palästinenserstaates aus. Zur Begründung hieß es: „Die Errichtung eines palästinensischen Staates im Herzen des Landes Israel würde eine existenzielle Gefahr für den Staat Israel und seine Bürger darstellen, den israelisch-palästinensischen Konflikt verstetigen und die Region destabilisieren."

Die Schockerfahrung des Terrormassakers ist diesen Zeilen abzulesen. Zusätzlichen Ansporn erhielt die Erklärung, da Spanien, Irland und Norwegen wenige Monate zuvor einen Palästinenserstaat anerkannt hatten.

Kampf gegen Terror

In anderen Gesetzen hat die Knesset Regelungen getroffen, die sich als Wirtschaftskampf gegen Terrorismus charakterisieren lassen. Sie konnte dabei auf ein Urteil aufbauen, das das Oberste Gericht bereits im April 2022 gesprochen hatte: Die Richter legten fest, dass die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) Terror-Opfer entschädigen muss, wenn sie Tätern finanziell hilft.

Terrorklagen gegen die Autonomiebehörde waren zwar schon zuvor möglich, doch musste eine direkte Verbindung zur PA nachgewiesen werden. Das Gericht stellte nun fest, dass bereits die Zahlungen an Terroristen oder deren Familien – die sogenannten „Terror-Renten" – eine „rückwirkende Ratifikation" der Terrorakte darstellten.

Im März 2024 legte die Knesset dann fest, wie hoch die Entschädigungen bei Terroranschlägen zu sein haben: 10 Millionen Schekel (2,9 Millionen Euro) bei Todesopfern, die Hälfte des Betrags bei Verletzten. Im September 2026 stellte das Bezirksgericht Jerusalem klar, dass das Gesetz nicht nur für Zivilisten gilt, sondern auch für Sicherheitskräfte, die Opfer eines Anschlages geworden sind.

Das Gesetz hat zunächst wenig mit dem von der Hamas verübten Terrormassaker zu tun, sondern mit den allzu häufig vorkommenden Terroranschlägen. Seine Bedeutung erschließt sich deutlich angesichts einer fast schon in Vergessenheit geratenen Statistik: Schon in den Monaten vor dem Terrormassaker erlebte Israel eine Terrorwelle. Ende August war das Jahr 2023 mit 35 Todesopfern bereits das schlimmste seit der „Zweiten Intifada", die zwanzig Jahre zuvor wütete.

> „Die Forderung des Volkes, der Familien, der Gefallenen – sie muss hierhin durchdringen. (...) Es ist unsere Pflicht gegenüber diesen Menschen, gegenüber dieser Generation: würdig zu sein."
>
> Der israelische Präsident Herzog bei der Feier zum 75. Bestehen der Knesset im Januar 2024 in einer Rede vor den Abgeordneten

In weiteren Gesetzen hat die Knesset eine effektivere Zahlungsleistung für Terror-Opfer beschlossen. So muss der jeweilige Finanzminister künftig jedes Jahr Ende Februar die Summe feststellen, die der Staat Israel an Terror-Opfer zahlt oder welche Entschädigungszahlungen der PA noch ausstehen. Diese Summe zieht Israel dann von den Steuereinnahmen ab, die es gemäß den Oslo-Abkommen für die PA sammelt und an sie überweist. Die Gelder gehen an die Opfer oder fließen in den Staatshaushalt.

Die Autonomiebehörde hat im Jahr 2025 umgerechnet rund 141,2 Millionen Euro (487 Millionen Schekel) an Terroristen ausgezahlt, wie im Februar aus dem israelischen Sicherheitskabinett bekannt wurde. Palästinenserpräsident Mahmud Abbas (Fatah) hatte im Rahmen von Reformversprechen zwar zugesagt, derlei

Zahlungen einzustellen – im Februar 2025 erklärte er entsprechende Gesetze für ungültig. Doch Israel und die USA kommen zu der Einschätzung, dass die Zahlungen unter anderem Namen weiterlaufen.

Die Einbehaltung der Steuern durch Israel schadet der PA indes nicht erheblich. Sie befindet sich zwar gerade deshalb in einer Finanzkrise und kann ihre Beamten daher nur eingeschränkt bezahlen. Doch das von Israel besonders seit 2024 verursachte Defizit wurde durch einen gleichzeitigen starken Anstieg internationaler Finanzhilfen aufgefangen, besonders von Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und der Weltbank. So kam es nicht zu einem Kollaps der PA.



Bundestagspräsidentin Klöckner bekundete bei einem Besuch im Februar gegenüber Knessetsprecher Ochana ihre Solidarität mit Israel

Bei der von der Knesset beschlossenen Neuregelung handelt es sich um eine Verschärfung der Maßgabe von 2018: Damals verabschiedete das Parlament ein Gesetz, das es Israel erlaubt, Steuereinnahmen der PA einzubehalten, und zwar in der Höhe der Summe, die die PA für „Terror-Renten“ aufbringt. Allerdings blieben die Gelder lediglich eingefroren und kamen nicht den Terror-Opfern zugute.

Die UNRWA im Visier

Indirekt gegen die Hamas richtet sich indes das Betätigungsverbot für das UN-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge (UNRWA) in Israel, das die Knesset im Oktober 2024 erlassen hat. Israel wirft der UNRWA vor, in Terror verwickelt zu sein, nicht zuletzt durch die Hetze gegen Israelis und Juden in den Schulbüchern. Nicht wenige sehen darin eine Ursache der Gewaltbereitschaft unter Palästinensern, wie sie sich beim Terrormassaker zeigte.

Ende Dezember 2025 legten die Abgeordneten außerdem fest, dass israelische Behörden Areale in Israel in Besitz nehmen können, die die UNRWA nutzt. Im August 2026 übernahm Israel auf dieser Basis eine Berufsschule der UNRWA in Ostjerusalem, um dort neue Einrichtungen für Araber aufzubauen.

Gegen Ende der vierjährigen Amtszeit legten die Abgeordneten eine Regelung fest, von der sie sich Abschreckung erhoffen: Terroristen, die sich mit ihren Taten gegen Israel wenden, erhalten die Todesstrafe durch Erhängen.

Dieser Vorstoß gehört zu den umstrittensten Maßnahmen. Die Israelische Vereinigung für Bürgerrechte bezeichnete sie etwa als unmoralisch: Sie widerspreche dem Grundsatz der Menschenwürde. Befürworter sagen, dass eine lebenslange Haft allein Terroristen nicht abschreckt, zumal es regelmäßig zu frühzeitigen Freilassungen komme, etwa durch „Geiseldeals“.

Israel-Unterstützer zu Besuch

Bei allen eigenen Maßnahmen hat es der Knesset und den Israelis sicherlich gut getan, Unterstützung durch Besuche erfahren zu haben. In den Tagen nach dem Terrormassaker empfing Knessetsprecher Ochana den amerikanischen Unternehmer Elon Musk, der seine Solidarität bekundete. Gewichtiger waren die Reden des US-Präsidenten Donald Trump (Republikaner) im Oktober 2025 und seines argentinischen Amtskollegen Javier Milei (Die Freiheit schreitet voran) vier Monate zuvor. Beide gelten als große Unterstützer Israels. Auch die Präsidentin des Deutschen Bundestages Julia Klöckner (CDU) traf sich Mitte Februar dieses Jahres mit Ochana bei einem Besuch in Israel und betonte: „Wir stehen an der Seite Israels!“

Rückblickend lässt sich sagen, dass die Knesset in den vergangenen vier Jahren Maßnahmen ergriffen hat, die zum Teil überfällig wirkten – etwa das UNRWA-Verbot und die Verwendung der PA-Steuergelder für Terror-Opfer. Das gilt auch für die Justizreform: Selbst einige Kritiker sagten, dass einzelne Elemente sinnvoll seien. Leider legten die Regierungsparteien einen Furor an den Tag, der viele verschreckte. Nach dem Terrormassaker zeigte die israelische Politik bei einigen Fragen große Einheit, die hoffentlich auch künftig einmal ohne äußere Bedrohung zu sehen sein wird. |

Foto: Bundestag / Xander Heinl

Mehr als materielle Wohltätigkeit

Im Judentum spielt Wohltätigkeit eine große Rolle. Gütiges Handeln gilt als eine von drei Säulen, auf denen die Welt steht.

Gundula Madeleine Tegtmeyer



Ein Mädchen steckt Geld in eine Spendenbox

Das Judentum betrachtet Armut nicht als ein erstrebenswertes Ideal, sondern als widriges, aber abwendbares Schicksal. Allenfalls die Folgen von Armut und Bedürftigkeit – eine verstärkte G´ttesfurcht und größere Bereitwilligkeit zum Tora-Studium – erfahren eine positive Bewertung, nie aber die Not eines Menschen. In 5. Mose 15,11 heißt es: *Denn der Arme wird nicht aus dem Land verschwinden. Darum befehle ich dir: Deinem Bruder, deinem Elenden und deinem Armen in deinem Land sollst du deine Hand weit öffnen.* (Elberfelder Bibel)

Das hebräische Wort *Zedaka* wird in der Regel mit „Wohltätigkeit" übersetzt. Es ist eine *Mizva*, ein jüdisches Gebot, das zu erfüllen Männer wie Frauen gleichermaßen verpflichtet sind. Obwohl die Idee der Wohltätigkeit in fast allen biblischen Büchern artikuliert wird, existiert kein spezieller Terminus für die geforderte Mildtätigkeit. Das hebräische Wort *Zedaka* basiert auf der Wortwurzel *Zade-Dalet-Kof* und bedeutet „Gerechtigkeit" oder auch „Rechtschaffenheit". In der rabbinischen und somit nachbiblischen Literatur wird *Zedaka* schließlich der allgemeingültige – wenn auch nicht der einzige – Begriff für Wohltätigkeit im Sinne materieller Unterstützung der Bedürftigen und erfährt durch die Rabbiner eine Reihe von Interpretationen. *Zedaka* wird zur wichtigsten aller religiösen Pflichten erklärt: *Das Gebot der Wohltätigkeit wiegt alle anderen Gebote auf* (Babylonischer Talmud, Baba Batra 9a).

Israeliten, die durch finanzielle Not als Sklaven verkauft wurden, müssen aus der Sklaverei freigekauft werden. Die Tora untersagt es, von Bedürftigen Zinsen und für eine Anleihe ein Pfand zu fordern. In 5. Mose 15,7–8 finden wir die Hauptquelle des *Zedaka*-Gebotes, Bedürftigen materiell beizustehen: *Wenn es einen Armen bei dir geben wird, irgendeinen deiner Brüder in einem deiner Tore in deinem Land, das der HERR, dein Gott, dir gibt, dann sollst du dein Herz nicht verhärten und deine Hand vor deinem Bruder, dem Armen, nicht verschließen. Sondern du sollst ihm deine Hand weit öffnen und ihm willig ausleihen, was für den Mangel ausreicht, den er hat.*

Moses Maimonides – ein jüdischer Religionsphilosoph, der im 12. Jahrhundert in Spanien, Marokko und Ägypten wirkte – kommentierte die Passage: *Was immer dem Armen fehlt, man ist verpflichtet, ihm zu geben. Hat er kein Kleid, bedecke man ihn. Hat er keine Hausgeräte, so kaufe man sie ihm. Hat er keine Frau, vermittle man ihm eine. Gleicherweise vermittle man einen Mann einer Frau.* Das Gebot der *Zedaka* soll sich somit nicht nur auf materiel-

Foto: Flash90

le Not beziehen, sondern auch soziale Aspekte berücksichtigen, wie etwa die Einsamkeit eines Menschen. Maimonides' Verständnis von *Zedaka* geht noch weiter: *Sogar wenn ein Armer es gewöhnt war, auf einem Pferd zu reiten und einen Knecht vor sich hinrennen zu lassen, und nun hat er seinen Besitz verloren, so gebe man ihm ein Pferd und einen Knecht. Du bist verpflichtet, deines bedürftigen Bruders Mangel zu vervollständigen, nicht aber, ihn reich zu machen.*

Seit frühester Zeit existiert eine jüdische Wohlfahrtspflege. Sie geht davon aus, dass der Mensch kein Einzelwesen, sondern Glied einer Gemeinschaft ist, mit der Verpflichtung – nach besten Kräften und entsprechend der persönlichen finanziellen Möglichkeiten –, dazu beizutragen, dass das harte Los der Bedürftigen erleichtert wird.

Sozialer Schutz

Mildtätigkeit ist im Judentum die Erfüllung einer von G´tt auferlegten Pflicht, eine *Mizva*. Die Tora macht das deutlich: Sie beschränkt sich nicht auf allgemeine Aufforderungen zur Hilfe, sondern räumt den Besitzlosen von Rechts und nicht von Gnaden wegen einen bestimmten Anteil am Besitz der Vermögenden ein. So verfügt eine landwirtschaftliche Gesetzgebung in 5. Mose 24,19–22, das, was sich nach der Ernte noch auf den Feldern befindet, gehöre „den Fremden, Waisen und Witwen" . Das Schabbatjahr fordert in jedem siebten Jahr einen Verzicht auf die Ernteerträge zugunsten der Armen.

Das *Zedaka*-Konzept umfasst auch den besonderen Schutz der Lohnarbeiter, Sklaven, Witwen und Waisen. Im 5. Buch Mose 24,14–15 wird dazu ermahnt, dem Lohnarbeiter das Entgelt unverzüglich auszuzahlen: *Du sollst den bedürftigen und armen Lohnarbeiter nicht unterdrücken, [sei er einer] von deinen Brüdern oder von deinen Fremden, die in deinem Land, in deinen Toren [wohnen]. Am selben Tag sollst du ihm seinen Lohn geben, und die Sonne soll nicht darüber untergehen – denn er ist bedürftig und verlangt sehnsüchtig danach –, damit er nicht über dich zum HERRN schreit und Sünde an dir ist.*

Sklaven und Sklavinnen haben ein Anrecht auf Sabbatruhe, siehe 5. Mose 5,14. In Kapitel 15,15 wird gemahnt, die Leibeigenen im siebten Jahr ihres Dienstes freizulassen, jedoch nicht mit „leeren Händen": *Und du sollst daran denken, dass [auch] du im Land Ägypten Sklave warst und dass der HERR, dein Gott, dich erlöst hat; darum befehle ich dir heute diese Sache.*

Im 2. Buch Mose 22,21–23 wird die Witwen- und Waisenfürsorge betont: *Keine Witwe oder Waise dürft ihr bedrücken. Falls du sie in irgendeiner Weise bedrückst, dann werde ich, wenn sie wirklich zu mir schreien [muss], ihr Geschrei gewiss erhören, und mein Zorn wird entbrennen, und ich werde euch mit dem Schwert umbringen, sodass eure Frauen Witwen und eure Kinder Waisen werden.*

Auch der Fremde steht unter besonderem Schutz (5. Mose 10,18–19): *[...] der Recht schafft der Waise und der Witwe und den Fremden liebt, sodass er ihm Brot und Kleidung gibt. Auch ihr sollt den Fremden lieben; denn Fremde seid ihr im Land Ägypten gewesen.*

Die stete Bereitwilligkeit zur sozialen Fürsorge verkörpert das Ideal des Gerechten (Psalm 72,12–14): *Denn*



Mehrere Spendenkästen an einer Hauswand in Jerusalem

retten wird er den Armen, der um Hilfe ruft, und den Elenden und den, der keinen Helfer hat. Er wird sich erbarmen des Geringen und des Armen, und das Leben der Armen wird er retten. Aus Bedrückung und Gewalttat wird er ihr Leben erlösen, denn ihr Blut ist kostbar in seinen Augen.

In Sprüche 31,20 lesen wir, dass die tüchtige Frau sich auch um Bedürftige kümmert. Das Mitgefühl und die Unterstützung, die der sozial Starke seinem schwächeren Nächsten erweist, dient auch dem Zusammenhalt der Gemeinschaft, der Verstoß gegen das g´ttliche Gebot der Mildtätigkeit zieht Strafe nach sich. Für den Propheten Hesekiel ist die Zerstörung Sodoms die Folge eines solchen Verstoßes, und die Vernachlässigung der Pflicht zur Wohltätigkeit wird als Sünde bewertet: *Wer seinen Nächsten verachtet, versündigt sich; aber wohl dem, der sich der Elenden erbarmt!* (Sprüche 14,21).

Nach Ansicht der jüdischen Weisen übersteigt das Almosengeben in seiner Bedeutung alle Opfer, denn es heißt: *Almosen und Gerechtigkeit ist dem Herrn lieber als alle*

Foto: Gundula M. Tegtmeyer

Opfer (Babylonischer Talmud, Sukka 49b). Entzieht man sich dieser Pflicht, wird dies dem Götzendienst gleichgestellt (Babylonischer Talmud, Ketubot 68a).

Genaue Vorgaben

In der rabbinischen Literatur finden sich bezüglich Art und Umfang der Wohltätigkeit genaue Vorschriften. So war eine Armenkasse, die *kupa*, vorgesehen, die der verpflichtenden Sammlung von Geldspenden diente. Zudem existierte die Institution der *tamchui*, hebräisch für „Schüssel" – eine Art Vorratskammer, aus der die Verteilung der Spenden in Form von Naturalien vorgenommen wurde. Die Höhe der zu gebenden Almosen wird auf den zwanzigsten bis zehnten Teil des Eigenvermögens festgesetzt, mehr als ein Fünftel abzugeben lehnen die Weisen ab, um der Verarmung über die Maße großzügiger Spender vorzubeugen. Bei aller Betonung der Pflicht zum Almosengeben wird gleichzeitig vor unnötiger Inanspruchnahme gewarnt und an die Selbsthilfe und Eigeninitiative der Notleidenden appelliert. Keinesfalls darf der notleidende Empfänger beschämt werden. Als höchste Form des Almosengebens wird jene betrachtet, bei der Geber und Empfänger sich nicht kennen: *Wer heimlich Wohltätigkeit übt, ist größer als unser Meister Moses!* (Baba Batra 10a).



Hier wird um Spenden für sehr arme Familien in Israel gebeten

Die Erweisung einer Wohltat soll stets freudigen Herzens geschehen; verfügt man nicht über materielle Güter, so sollte man zumindest versuchen, dem Armen Trost zu spenden: *Der, der seinem Nächsten frohen Herzens begegnet, obgleich er ihm nichts gegeben hat, wird betrachtet, als habe er ihm die kostbarsten Geschenke gemacht* (Baba Batra 9b).

„Größer als *Zedaka*" benennen die Rabbiner *Gemilut Chassadim*, das „Erweisen von Liebestaten", so lautet die wörtliche Übersetzung, in Form von gütigem Handeln (Sukka 49a). Dieses Konzept der Wohltätigkeit ermöglicht dem Reichen und Armen gleichermaßen, das Gebot der Mildtätigkeit zu erfüllen.

Im Judentum beschreibt *Gemilut Chassadim* eine der zentralen ethischen Pflichten. Wie jüdische Gelehrte im Traktat *Pirke Avot* (Sprüche der Väter 1,2) darlegen, verkörpert *Gemilut Chassadim* eine der drei Säulen, auf denen die Welt ruht – neben dem Studium der Tora und dem G´ttesdienst. Beispiele für *Gemilut Chassadim* sind Krankenbesuche, das Trösten von Trauernden und die Begleitung von Sterbenden oder Toten. Da Tote das gütige Handeln nicht erwidern können, gilt Letztere als die reinste Form der Güte.

Nach jüdischem Recht ist es nicht nur wichtig, dass man Wohltätigkeit ausübt, sondern in welcher Form. In 3. Mose 15,10 heißt es: *Willig sollst du ihm geben, und dein Herz soll nicht böse sein, wenn du ihm gibst. Denn wegen dieser Sache wird der HERR, dein Gott, dich segnen in all deinem Tun und in allem Geschäft deiner Hand.* In diesem Geist baute Maimonides die acht Stufen der *Zedaka* auf, als unterste Stufe kategorisierte der bedeutende jüdische Religionsphilosoph „einen Bedürftigen mit einem traurigen, unfreundlichen Gesicht zu unterstützen". Maimonides betont, dass das „Wie" der Zedaka wichtiger ist, als das „Wieviel". Nicht die Grundbedürfnisse allein stehen im Zentrum des *Zedaka*-Gebotes, vielmehr die Würde eines Menschen. |

Pirke Avot

Der Begriff *Avot* – hebräisch für „Väter" und bemerkenswerterweise mit einer weiblichen Pluralbildung – bezeichnet im Judentum in der Regel den Traktat *Pirke Avot*, die „Sprüche der Väter". Er ist eine berühmte Sammlung ethischer Lehrsätze aus der *Mischna*-Zeit. Die *Mischna*, hebräisch für „Wiederholung", bildet die Basis des *Talmuds*. Sie ist die erste größere Niederschrift der mündlichen Tora und als solche eine der wichtigsten Sammlungen religionsgesetzlicher Überlieferungen des Judentums.

Foto: Gundula M. Tegtmeyer

Die Wurzeln des Christentums

Kein Baum lebt ohne seine Wurzeln. Auch der christliche Glaube lebt aus einer Geschichte, die lange vor ihm begonnen hat.

Babette Heidel

Wer einen alten Ölbaum betrachtet, sieht zunächst das, was über der Erde wächst: den knorrigen Stamm, die weit verzweigten Äste, die Blätter und seine Früchte. Was man nicht sieht, ist das, was ihn trägt. Tief unter der Erde breiten sich seine Wurzeln aus. Sie geben Halt und versorgen den Baum mit dem, was er zum Leben braucht. Ohne sie gäbe es keine Zweige, keine Blätter und keine Früchte.

Paulus greift in Römer 11 dieses Bild auf. Er spricht von natürlichen Zweigen und von wilden Zweigen, die in einen Ölbaum eingepfropft werden. Und mitten in diesem Bild der Satz:

**„Nicht du trägst die Wurzel,
sondern die Wurzel trägt dich.“
Römer 11,18**

Die Wurzeln dieses Baumes reichen tief hinein in Gottes Geschichte mit Israel: zu Abraham, Isaak und Jakob, zu den Verheißungen Gottes und zu seiner Treue gegenüber seinem auserwählten Volk. Menschen aus anderen Völkern beschreibt Paulus dagegen als wilde Zweige, die in diesen Baum eingepfropft werden. Sie bekommen Anteil an etwas, das schon gewachsen ist. Sie werden hineingenommen in eine Geschichte, die nicht mit ihnen begonnen hat.

In Geschichte eingereiht

Auch wir als Christen leben von dieser Geschichte. Wenn wir die Psalmen beten, reihen wir uns ein in eine Geschichte von Menschen, die seit Jahrtausenden diese Worte beten.

Wenn wir von Segen und Verheißung sprechen, begegnen wir Abraham. Wenn wir von Befreiung und Erlösung reden, erinnern wir uns an den Auszug Israels aus Ägypten. Wenn wir darauf vertrauen, dass Gott auch durch Wüstenzeiten führt und versorgt, hören wir von einem Volk, das genau das durchlebt hat. Und wenn wir auf eine Welt hoffen, in der Frieden und Gerechtigkeit wohnen, hören wir die Stimmen der Propheten Israels.

Wir leben von den Früchten

Aus der Wurzel sind natürliche Zweige gewachsen. Von deren Früchten leben wir.

Am deutlichsten begegnet uns diese Verbindung in Jesus selbst. Jesus war Jude. Er betete die Psalmen, kannte die Schriften Israels und lebte mit den Festen seines Volkes. Wenn er von Gott sprach, sprach er vom Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs. Und wenn wir ihn Christus nennen – den Messias –, greifen wir selbst auf die Hoffnung Israels zurück. Jesus lässt sich nicht von der Geschichte Gottes mit Israel lösen.

Christlicher Glaube beginnt vor Kirche

Deshalb beginnt unser christlicher Glaube nicht bei uns. Er beginnt auch nicht erst mit der Entstehung der christlichen Kirche. Wir kommen zu etwas hinzu, das Gott längst begonnen hat. Wir empfangen Worte, die schon gesprochen wurden, Verheißungen, die schon gegeben wurden, und eine Hoffnung, die schon lange vor uns Menschen getragen hat.

Doch ein Zweig trägt nicht sich selbst, auch kein natürlicher. Er lebt davon, dass er verbunden ist. Er empfängt, was er zum Leben braucht. Ein Zweig, der getragen und versorgt wird, kann wachsen. Er kann Blätter treiben. Und schließlich kann er Frucht bringen, als Teil von Gottes Geschichte. |



Foto: Privat

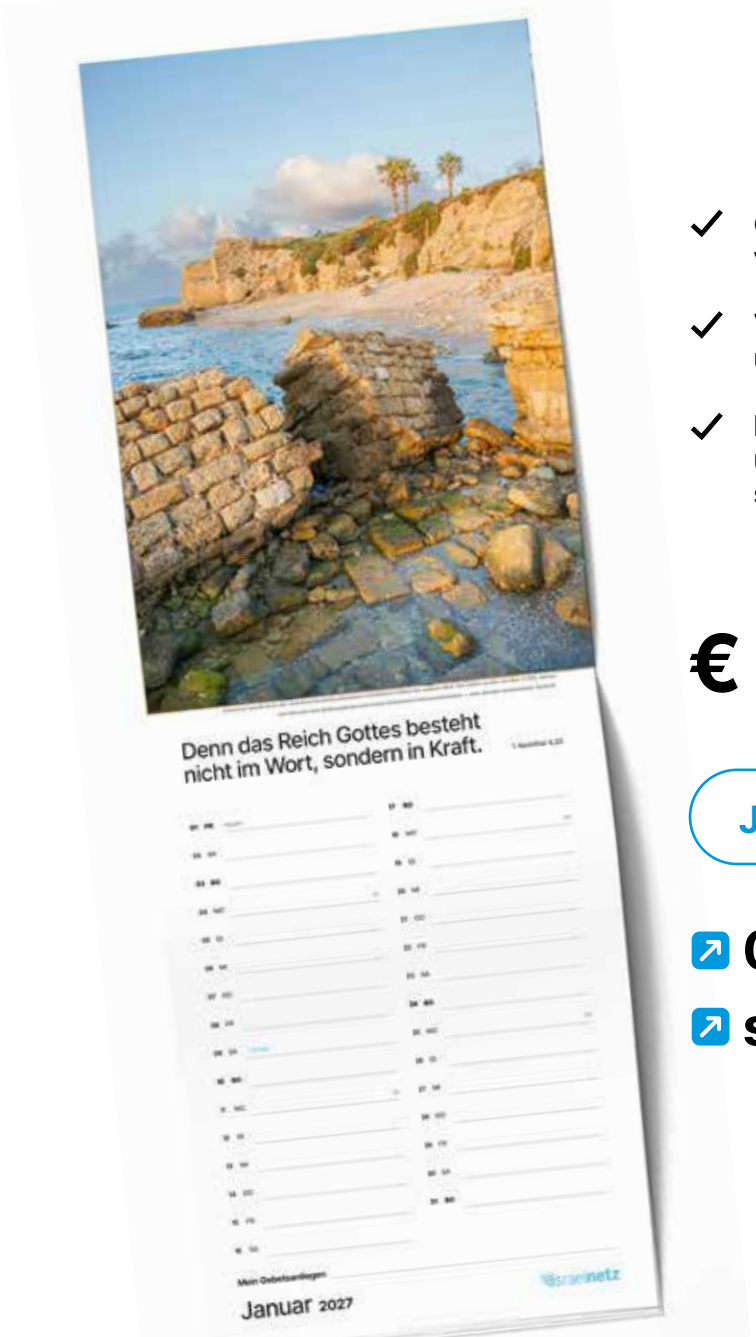
Zur Autorin: **Babette Heidel** ist Diplom-Theologin und lebt im baden-württembergischen Bad Liebenzell

Anzeige

Israelnetz Kalender 2027



Lassen Sie sich begeistern von Israel – dem Land der Wunder: Beeindruckende Motive mit ausgewählten Versen.
Exklusiv nur bei Israelnetz erhältlich.



- ✓ **Offenes Format (hochkant) von 21 × 59,4 cm**
- ✓ **Viel Platz für individuelle Einträge und ein monatliches Gebetsanliegen**
- ✓ **Kalendarium mit christlichen und gesetzlichen Feiertagen, sowie jüdischen Festtagen**

€ 9,50 (zzgl. Versand)

Jetzt bestellen

06441 5 66 77 00

shop.israelnetz.com

israelnetz